
Eine aktive Klimapolitik Deutschlands zum Schutz von Menschenrechten weltweit

Ein Positionspapier der Environmental Justice Foundation



© EJF

Die Klimakrise hat bereits heute verheerende Auswirkungen auf das Leben von Millionen von Menschen. Das sich erhaltende Klima und extreme Wetterbedingungen verändern das Gesicht unseres Planeten, doch viele der davon betroffenen Menschen haben wenig oder gar keine Möglichkeit darauf zu reagieren oder sich daran anzupassen. Wissenschaftler prognostizieren bereits Szenarien, in denen die arktischen Wintertemperaturen bis 2050 um drei bis fünf Grad steigen könnten, unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg des Pariser Klimaabkommens¹ und die Vereinten Nationen warnen, dass die anhaltende globale Erhitzung noch in diesem Jahrhundert zu einem Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 1,3 Meter führen könnte². Diese Voraussagen machen die Klimakrise zu einer offensichtlichen, doch noch immer unterschätzten Gefahr für globale Klima- und Umweltgerechtigkeit.

Lediglich sieben Staaten, darunter Deutschland, haben während der letzten 200 Jahre durch ihre Treibhausgasemissionen einen Anteil von 63 % zur globalen Überhitzung beigetragen³. Die wohlhabendsten 10 % der Weltbevölkerung sind derzeit für rund 50 % der globalen Emissionen verantwortlich⁴. Bei Betrachtung dieser Zahlen scheint die Ankündigung Deutschlands unverantwortlich, seine selbst gesetzten Klimaschutzziele für 2020 nicht erreichen zu können und ferner den Ausstieg aus der Kohle nicht vor 2038 realisieren zu können.

Die Environmental Justice Foundation (EJF) definiert ‚Umweltgerechtigkeit‘ in diesem Zusammenhang als faktische Verletzung der Menschenrechte aufgrund der eklatanten Untätigkeit der Industrienationen bei der Bekämpfung der Klimakrise. In vielen der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Ländern verschärfen die gravierenden Auswirkungen bestehende politische oder wirtschaftliche Spannungen. Jene Menschen, die am wenigsten zur menschengemachten Klimakrise beitragen, sehen sich zunehmend der Gefahr ausgesetzt, ihre Häuser und Heimat verlassen zu müssen. Sie sind folglich damit konfrontiert, zu Klimaflüchtlingen zu werden – eine Situation, die ihre grundlegenden Menschenrechte gefährdet.

EJF stellt mit diesem Positionspapier die Verantwortung der Industrienationen zur Wahrung der Menschenrechte in Anbetracht der Herausforderungen der Klimakrise in den Vordergrund. Da Deutschland ein einflussreiches Mitglied in der Europäischen Union (EU) und bei den Vereinten Nationen (UN) ist, fordert EJF die Bundesregierung auf, eine Vorreiterrolle im Kampf gegen die Klimakrise einzunehmen und Maßnahmen zu ergreifen, um all jene zu schützen, die heute schon unter den Folgen der Klimakrise leiden. Das Positionspapier zeigt auf, welche Probleme die Klimakrise aktuell verursacht sowie die konkreten Schritte, die Deutschland und die globale Gemeinschaft als Antwort darauf ergreifen müssen. Diese Politikempfehlungen leiten sich direkt ab aus unseren weltweiten Recherchen vor Ort und unseren Gesprächen mit hochrangigen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern.

Klimakrise, Zwangsmigration und der Verlust von Lebensgrundlagen

Als Reaktion auf die globalen Herausforderungen der Klimakrise hat sich die internationale Gemeinschaft 2015 in Paris verpflichtet, notwendige Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen der Klimakrise zu ergreifen, vor allem in Industrieländern wie Deutschland. Neben dem zentralen Ziel, die Emissionen zur Einhaltung der nationalen Klimaschutzziele zu reduzieren, werden die beteiligten Staaten ferner aufgefordert:

„[...] ihre jeweiligen Verpflichtungen im Hinblick auf die Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Migranten, Kindern, Menschen mit Behinderungen und besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Rolle der Frau und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen [zu] achten, fördern und berücksichtigen“⁵.

Die Folgen der Klimakrise können durch plötzliche Katastrophen wie Stürme, Überschwemmungen, Hitzewellen und Waldbrände auftreten. Sie können jedoch auch in Form von langsam einsetzender Umweltzerstörung eintreten, wie z. B. durch das Abschmelzen der Polkappen und steigende Meeresspiegel, durch Versalzung von Grundwasser und Böden sowie Dürren und Wüstenbildung infolge von veränderten Niederschlagsmustern.

Die Klimakrise führt bereits zur Zerstörung von Lebensgrundlagen und zwingt Menschen, ihre angestammte Umgebung zu verlassen, so dass von Zwangsmigration zu sprechen ist. Im Jahr 2016 vertrieben extreme Wetterereignisse rund 23,5 Millionen Menschen weltweit. Diese Zahl schließt nicht einmal diejenigen Menschen ein, die aufgrund langsam eintretender Umweltbeeinträchtigungen zur Flucht gezwungen wurden⁶.

„Die 20 wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen waren in den letzten 22 Jahren.“

Petteri Taalas, Generalsekretär der Weltwetterorganisation⁷.

Vertreibung infolge der Klimakrise in größerem Ausmaß kann disparate Gemeinschaften unterschiedlicher Ethnien, Religionen oder Kulturen in Kontakt bringen, und somit potenziell die Gefahren von Konflikten befördern. Dies kann zu gewalttätigen Akten führen, die wiederum Vertreibung auslösen können.

Die Klimakrise wird sehr wahrscheinlich auch die globalen Wirtschaftsbedingungen und die politische und soziale Sicherheitslage vielerorts beeinträchtigen. Die Folgen werden wiederum insbesondere die ärmsten Menschen und Bevölkerungsgruppen der Gesellschaft treffen. Der Fünfte Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) kam 2014 zu dem Schluss, dass „der Klimawandel die Vertreibung von Menschen im 21. Jahrhundert wahrscheinlich verstärken wird“⁸. Im Jahr 2018 machte der IPCC deutlich, dass selbst bei Begrenzung der globalen Überhitzung auf 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau, klimabedingte Risiken für Gesundheit, Lebensgrundlagen, Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, menschliche Sicherheit und Wirtschaftswachstum zunehmen werden⁹.

Steigende Temperaturen und sich ändernde Niederschlagsmuster werden den Wettbewerb um Ressourcen, Nahrung und Wasser verschärfen. Steigende Meeresspiegel und extreme Wetterereignisse werden eine immer größere Anzahl Menschen vertreiben. Im Jahr 2014 wies der Bundesentwicklungsminister Gerd Müller darauf hin, dass 200 Millionen Klimaflüchtlinge zu erwarten seien, sollten die Industrieländer ihre vereinbarten Klimaschutzziele nicht erreichen¹⁰. In einer Rede im Deutschen Bundestag im Jahr 2018 betonte Müller den Zusammenhang zwischen der Klimakrise und Zwangsmigration und verwies auf über 20 Millionen Klimaflüchtlinge, die bereits unter den Folgen der Klimakrise in Somalia, im Tschad und in Bangladesch leiden¹¹.

Gerade die Länder und Regionen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, sind am stärksten von den Folgen betroffen. Steigende Temperaturen und wechselnde Niederschlagsmuster werden weitreichende und negative Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion und -sicherheit haben. Im Zeitraum zwischen 1985 und 2007 führten Dürren zu einem Rückgang der weltweiten Getreideproduktion um fast 14 %, verglichen mit Verlusten von nur etwa 7 % in den zwanzig Jahren vor Mitte der 1980er Jahre¹². Dürre ist einer der Hauptgründe für Verluste in der landwirtschaftlichen Produktion und es wird davon ausgegangen, dass die Zunahme der Intensität, Häufigkeit und Dauer solcher Dürren zu einem erheblichen Rückgang der allgemeinen Ernteerträge führen wird¹³.

Anpassungsmaßnahmen können eine wichtige Lösungsstrategie sein für jene Länder und Regionen, die unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden. Mithilfe gezielter Programme zum Kapazitätsaufbau oder zur Finanzierung bestimmter Maßnahmen wie der Bekämpfung von Küstenerosion, dem Mangrovenschutz oder dem Deichbau können die Auswirkungen auf die betroffenen Menschen und Gemeinschaften zum Teil abgemildert werden. Solche Programme können auch auf eine nachhaltigere Landwirtschaft abzielen, beispielsweise durch Maßnahmen zur effektiven Wasserbewirtschaftung oder dem Schutz vor Bodenerosion. Es liegt vor allem in der Verantwortung der Industrieländer, in Zusammenarbeit mit den am stärksten betroffenen Staaten sowie im Einklang mit allen relevanten Interessengruppen, Wissen, Kapazitäten und spezifische Programme für eine effektive Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu entwickeln.

„In einer Hitzezeit wären Sommertemperaturen von 45 Grad und sogar mehr keine Seltenheit mehr. Drei oder vier Dürrejahre könnten dann hintereinander vorkommen, statt verteilt über längere Zeiträume.“

Interview mit Hans-Joachim Schellnhuber, dem scheidenden Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), über die ungewöhnliche Hitze in Deutschland im Sommer 2018 und zu möglichen langfristigen Folgen der Klimakrise hierzulande¹⁴.

Eine globale Bedrohung der Menschenrechte

Sollten sich Gemeinschaften in bestimmten Regionen nicht an die Folgen der Klimakrise anpassen können, können sie sich dazu gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen – sie werden zu Klimaflüchtlingen. Folglich laufen sie Gefahr, ihre grundlegenden Menschenrechte zu verlieren. Obwohl diese Bedrohungslage seit einigen Jahren häufiger thematisiert wird, fehlt Klimaflüchtlingen noch immer eine spezifische Anerkennung und ein besonderer Schutz im Rahmen des Völkerrechts¹⁵.

Die bestehenden Rechtsrahmen der internationalen Gemeinschaft zu Flucht und Migration – wie sie beispielsweise auf UN- oder EU-Ebene bestehen – geben nur unzureichende Antworten auf die Folgen der Klimakrise und bieten keinen Schutz für Klimaflüchtlinge. Obwohl Maßnahmen und Programme zur Anpassung an die Klimakrise für bestimmte Länder und Gemeinschaften existieren, die auch durch Deutschland finanziert und durch gezielte Projekte unterstützt werden, verfügen diese Anpassungsmaßnahmen nicht über einen auf Rechten basierenden Ansatz für die Betroffenen.

Ein derartiger Ansatz kann nur auf internationaler Ebene entwickelt werden, da bestehende Rechtsrahmen die klimabedingte Migration nicht als Fluchtgrund ansehen. Darüber hinaus fehlen konkrete und international anerkannte Definitionen der klimabedingten Migration – oder kurz: Wann wird eine Person zu einem Klimaflüchtling, und welche Rechte hat diese Person?

Der EJF-Bericht *Falling Through the Cracks* ist eine Zusammenfassung des bestehenden rechtlichen Rahmens für Flüchtlinge im Kontext der Klimakrise. Der EJF-Bericht *On the Frontlines* verdeutlicht die Gefahren für viele Regionen in Bangladesch durch die Klimakrise – gerade für diejenigen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen und wenig bis gar nicht von der globalen Nutzung fossiler Brennstoffe profitiert haben. | www.ejfoundation.org/reports |



Die Klimakrise wird zunehmend als Multiplikator für Sicherheitsbedrohungen anerkannt. Sie kann bestehende soziale, wirtschaftliche, demografische, politische und ökologische Probleme und Spannungen wie Bevölkerungswachstum, Ressourcenknappheit, Armut oder schlechte Regierungsführung verschärfen. Obwohl die Ursachen dieser Probleme zweifellos komplex und nicht auf einen Faktor allein zurückzuführen sind, wird erwartet, dass die Klimakrise und ihre Folgen maßgeblich dazu beitragen werden, die Ernährungssicherheit, den Zugang zu Wasser, die Energiesicherheit und die Intaktheit von Infrastrukturen zu unterminieren. Staaten, die am wenigsten in der Lage sind darauf zu reagieren, werden voraussichtlich jene sein, die bereits unter Instabilität, schlechter Regierungsführung und Konflikten leiden. Dieser Zusammenhang wurde auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 hervorgehoben, indem im Munich Security Report festgestellt wurde, dass die meisten Studien zu diesem Thema einen positiven Zusammenhang zwischen der Klimakrise und gewalttätigen Konflikten fanden¹⁶. Im Januar 2019 erkannte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Klimakrise in einer offenen Debatte als Multiplikator für Sicherheitsbedrohungen an¹⁷.

Deutschland muss den Weg zu mehr Klima- und Menschenrechtsschutz ebnen

Trotz der enttäuschenden Ankündigung der Bundesregierung, dass Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlen wird, seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken, vertritt EJF die Ansicht, dass Deutschland nach wie vor ein Vorreiter beim Klimaschutz werden kann und muss. Die Ziele für 2020 müssen weiterverfolgt werden; sollte dies jedoch nicht gelingen, muss Deutschland ein verbindliches Klimagesetz verabschieden. Ein solches Klimagesetz muss unter Einbeziehung von allen relevanten Sektoren darlegen, wie Deutschland bis spätestens 2050 weitgehend treibhausgasneutral werden kann, wie von der Bundesregierung und dem Europäischen Parlament anvisiert.

Auf internationaler Ebene wird Deutschland ab 2019 seine zweijährige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat antreten und sollte in diesem Forum den Zusammenhang zwischen Klimakrise und internationaler Sicherheit zu einem Schwerpunktthema auf UN-Ebene machen. Im Juli 2020 wird Deutschland zudem die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen und damit in der Lage sein, wichtige Zielvorgaben in der EU-Politik zu setzen, darunter die Frage zur Verantwortung der EU für den Schutz von Klimaflüchtlingen. Die Bundesregierung befindet sich somit in einer aussichtsreichen Position, um die multilaterale Zusammenarbeit zwischen wichtigen Ländern voranzutreiben und muss internationale Organisationen sowie die Wissenschaft dazu auffordern, sich mit dem Zusammenhang zwischen Klimakrise, Menschenrechten, internationaler Entwicklung und Ernährungssicherheit zu befassen. Deutschland muss darauf aufmerksam machen, dass die Klimakrise eine der dringendsten Bedrohungen für die Umweltgerechtigkeit ist und mutig vorangehen, um diese Zusammenhänge aufzuzeigen und anzugehen.

Demzufolge hat es Deutschland in der Hand, eine bedeutende Rolle beim Klimaschutz und dem Schutz von Klimaflüchtlingen zu spielen. Die Frage der internationalen Klima- und Umweltgerechtigkeit sollte für die Bundesregierung stets eine zentrale Rolle spielen bei der Formulierung von Zielen, Empfehlungen und Gesetzen zu aktuellen und zukünftigen Klimaschutzmaßnahmen. EJF ist davon überzeugt, dass Deutschland über das notwendige Wissen, die Kapazitäten und den internationalen Einfluss verfügt, um zum Vorreiter nationaler und internationaler Klimaschutzpolitik zu werden.

Es wird unerlässlich sein, einen echten Wandel zu bewirken, sodass sich Menschen – vom wichtigsten Entscheidungsträger bis hin zum Durchschnittsverbraucher – über die Zerbrechlichkeit unserer natürlichen Umwelt aufgrund der Klimakrise bewusst werden, und wie sich unser aller Handeln auf Millionen von Menschen auf der ganzen Welt auswirkt.

Empfehlungen an Deutschland und die internationale Gemeinschaft

KLIMASCHUTZ

- Deutschland muss sich, wie alle Staaten, zu einem kompromisslosen und aktiven Klimaschutz verpflichten durch die Umsetzung der Maßgaben aus dem Pariser Klimaabkommen.
- Sollte Deutschland seine Klimaziele für 2020 verfehlen, muss die Bundesregierung ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz verabschieden, das die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele vollständig respektiert, damit Deutschland bis spätestens 2050 treibhausgasneutral wird.
- Die Bundesregierung muss Möglichkeiten zur Beschleunigung des Kohleausstiegs vor dem angekündigten Termin 2038 prüfen und Investitionen in alternative und erneuerbare Energien weiter fördern.

KLIMABEDINGTE MIGRATION

- Deutschland muss die Entwicklung eines internationalen Abkommens, das die Rechte von Klimaflüchtlingen respektiert und deren Schutz gewährleistet, zügig vorantreiben.
- Deutschland sollte die Entwicklung genauer Definitionen klimabedingter Migration und von Klimaflüchtlingen unterstützen. Diese Definitionen sind für einen auf Rechten basierenden Ansatz und für eine klare Festlegung des Rechtsstatus der als Klimaflüchtlinge bezeichneten Personen unabdingbar. Auch die rechtlichen Verpflichtungen von Staaten in Bezug auf klimabedingte Migration und auf Klimaflüchtlinge muss thematisiert werden.
- Deutschland muss konkrete Zielvorgaben für die Schaffung von Maßnahmen zur Bekämpfung der klimabedingten Vertreibung weltweit festlegen.
- Die Bundesregierung sollte den multilateralen Austausch zwischen betroffenen Ländern, der Wissenschaft, internationalen Organisationen und anderen relevanten Interessengruppen fördern und die Zusammenhänge zwischen Klimakrise, Entwicklung und Ernährungssicherheit adressieren. Die Frage der Umweltgerechtigkeit sollte dabei im Vordergrund stehen.
- Angesichts der immensen Herausforderungen und der großen Zahl bestehender Initiativen wird die Ernennung eines UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte und Klimakrise empfohlen. Auf dieser Ebene sollten Fragen im Zusammenhang mit Klimakrise und Migration untersucht werden.
- Auf Empfehlung der Europäischen Kommission oder des UN-Generalsekretärs sollte ein Runder Tisch mit Experten für Klimakrise, Menschenrechte und Zwangsvertreibung einberufen werden. Deutschland könnte aktiv und öffentlich die Ernennung eines Sonderberichterstatters fordern und die Zusammenstellung von Experten auf internationaler Ebene vorantreiben.

KLIMAKRISE UND INTERNATIONALE SICHERHEITSPOLITIK

- Akteure der internationalen Sicherheitspolitik müssen die Klimakrise als Multiplikator für Sicherheitsbedrohungen weltweit anerkennen. Die Auswirkungen der Klimakrise sollten ein fester Bestandteil wichtiger sicherheitspolitischer Konferenzen und Gipfeltreffen sein, wie beispielsweise auf der jährlich stattfindenden Münchner Sicherheitskonferenz.
- Das Bundesministerium der Verteidigung sollte ein so genanntes Weißbuch zum Zusammenhang zwischen Klimakrise und Sicherheitspolitik veröffentlichen. Bei diesem Weißbuch und den daraus resultierenden sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen ist es unabdingbar darauf hinzuweisen, klimabedingte Migration und Flucht nicht als Bedrohungsszenario zu betrachten, sondern als Bedrohung der Menschenrechte weltweit, die einen auf Rechten basierenden Ansatz für betroffene Menschen erfordert.
- Deutschland sollte sich für eine offizielle Resolution auf UN-Ebene einsetzen, um die Debatte über Klimakrise und Sicherheit fortzusetzen und verbindliche Maßnahmen als Ergebnis vor dem Klimagipfel des UN-Generalsekretärs im September 2019 zu fordern.

Erfahren Sie mehr unter: www.ejfoundation.org/what-we-do/climate

1 Schoolmeester et al., 2019, Global Linkages – A graphic look at the changing Arctic. UN Environment and GRID-Arendal, Nairobi and Arendal. www.grida.no.

2 Laut eines vorläufigen Berichtes der IPCC. Veröffentlichung des gesamten Berichts im September 2019: <https://www.fr.de/wissen/sintflut-11773063.html>

3 Damon Matthews et al., 2014, National contributions to observed global warming, Concordia University, Kanada.

4 Timothy Gore für Oxfam, 2015, <https://www.oxfam.de/system/files/oxfam-extreme-carbon-inequality-20151202-engl.pdf>

5 United Nations, 2015, Paris Agreement.

6 International Displacement Monitoring Centre, 2017, Global Report on Internal Displacement.

7 Siehe UN News, 2019, <https://news.un.org/en/story/2019/02/1032121>

8 IPCC, 2014, Fünfter Sachstandsbericht, Summary for Policymakers.

9 IPCC, 2018, Headline Statements from the Summary for Policymakers.

10 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2014, <https://bit.ly/2Jl4fWT>

11 Vollständige Rede abrufbar unter <https://bit.ly/2U1t66p>

12 Lesk C., Rowhani P. and Ramankutty N., 2016, Influence of extreme weather disasters on global crop production. Nature, 529. S. 84-87.

13 FAO, 2016, Climate Change and food security: risks and responses. Rom.

14 Das vollständige Interview bei Lausitzer Rundschau, 2018, <https://bit.ly/2THWbUZ>

15 Kraemer et al., 2017, Building Global Governance for 'Climate Refugees', G20 Policy Briefs.

16 Münchener Sicherheitskonferenz, 2018, Munich Security Report 2018.

17 Siehe UN-News, 2019, <https://news.un.org/en/story/2019/01/1031322>